

IN KÜRZE

Anders erinnern

Auf dem Johannisberg ist die Skulptur »Unter Zwang« installiert worden. Das Kunstwerk soll an ein Zwangsarbeiterlager erinnern, das die Firma Dürkopp dort Anfang der 40er Jahre errichtet und bis Kriegsende betrieben hat. Ein Initiativkreis hatte mehr als ein Jahr für die Skulptur geworben und die nötigen Spenden gesammelt. Am 26. November soll die Skulptur der Öffentlichkeit übergeben werden. Derweil feiert Dürkopp sein 150-Jähriges Firmenjubiläum und blendet dabei die Jahre 1933 bis 1945 aus. Aufklärung verspricht die Veranstaltung »Schwierige Erinnerung. Zwangsarbeit bei Dürkopp und Kochs Adler« am 17. November im Historischen Museum.

Stütze für Arbeitslosenzentren

Die neue Landesregierung will die Arbeitslosentreffpunkte wieder fördern. Derzeit arbeitet das Landesarbeitsministerium an den Förderbestimmungen. »Wir sind sehr froh, dass der Fehler der abgewählten schwarz-gelben Landesregierung korrigiert wurde«, sagt Dieter Lindenblatt vom Bielefelder Arbeitslosenzentrum. Die Bestimmungen sollen sich an der vor zwei Jahren eingestellten Förderung orientieren. Das Geld wird das Ministerium voraussichtlich im Januar kommenden Jahres bewilligen.

Stadtteilkonferenz im Westen

Zum ersten Treffen im September kamen 12 Vertreter von gemeinnützigen Organisationen. »Wir wollen uns über unsere Arbeit austauschen und vernetzen. Insgesamt möchten wir die Wahrnehmung des Stadtteils mit seinen Bewohnern verstärken«, beschreibt Pastor Christoph Steffen von der Lydia-Gemeinde die Ziele. Zusammen mit Regina Gardian, der Leiterin des Kinderhauses der Gemeinde rief er die Konferenz ins Leben. Geplant sind regelmäßige offene Treffen von nicht kommerziellen Einrichtungen, bewusst ohne politische Parteien.

Anzeigen

cambio CarSharing

Probefahren!

6 von 56 Autos stehen für Sie im Viertel.
Autos ab 1,90 € pro Stunde – stunden-, tage- und wochenweise.

cambio

Telefon 0521-63333
www.cambio-CarSharing.de

Erinnerungsort in Gefahr

Engagierte Bürger sorgen sich um den »Schloßhof«. Ein Bericht von Heidi Wandelt und Silvia Bose



Der neue Eigentümer will dem Schloßhof mit einem Abrissbagger begegnen.

Der »Schloßhof« war schon vieles. Gutshof, Restaurant und vor allem Arbeits- und Durchgangslager für Zwangsarbeiter und Juden. »Das ist ein wichtiger Erinnerungsort, der viel überliefert über die Verfolgung und Vernichtung der Bielefelder Juden«, sagt Wolfgang Herzog vom Verein »Gegen Vergessen – für Demokratie«. »Von dort wurden die Bielefelder Juden deportiert«. Herzog und andere engagierte Bürger fürchten um diesen Ort.

Vor gut einem Jahr ersteigerte die Krombacher-Brauerei die Immobilie für rund 1,1 Millionen Euro. Wenig später machte das Restaurant dicht. Wohl seitdem schmiedet

die Celona Gastro-GmbH, an dem die Brauerei zu 25 Prozent beteiligt ist, an einem neuen Konzept für den »Schloßhof« – ein »Finca-Konzept« mit naturnaher Gastronomie. In Nürnberg und Essen gibt es die Fincas schon. »Die Celona-Macher haben nun ihre Urlaubsträume in die heimatliche Realität geholt«, wirbt das Unternehmen im Internet. »Ein großes, stattliches Haus mit mediterranem Flair und anspruchsvoller Atmosphäre, in der man gerne mal die Seele baumeln lässt.«

Das klingt gut, könnte aber den Abriss des »Schloßhofs« bedeuten. Man wolle das Objekt abreißen und das Gelände neu bebauen,

sagt Michael Folkens vom Oldenburger Architekturbüro »Wedemeyer Wilken Partner«. Er meint, dass das alte Gebäude von Fäulnis befallen und überhaupt sehr marode sei. »Den »Schloßhof« zu sanieren und umzubauen, wäre ein enormer wirtschaftlicher Aufwand«. Deshalb plane er mit einem Abriss. Eine Bauvoranfrage sei gestellt, sprachreif aber noch nichts.

Denkmalschutz unwahrscheinlich

Das bestätigt auch die Stadt Bielefeld. Im November werde der Beirat für Stadtgestaltung Pläne anschauen. Und dann hat auch das Westfälische Amt für Denkmalschutz das Gebäude unter die Lupe genommen. »Es soll wahrscheinlich nicht unter Schutz gestellt werden«, heißt es in der Pressestelle. »Aber ein endgültiges Gutachten steht noch aus«. Im Oktober wird es wohl vorliegen. Der Finca-Planer Michael Folkens rechnet jedenfalls nicht damit, dass ihm der Denkmalschutz einen Strich durch die Rechnung macht.

Das sehen viele anders. Wolfgang Herzog zum Beispiel. Auch Daniel Hoffmann dürfte zu den Kritikern gehören. Er hat vor drei Jahren das Buch »Lebensspuren meines Vaters. Eine Rekonstruktion aus dem Holocaust veröffentlicht«. Darin erzählt er das Schicksal seines Vaters. Paul Hoffmann war drei Jahre lang im Lager »Schloßhof« gefangen, bis er im März 1943 von Bielefeld nach Auschwitz deportiert wurde, dort die Selektion überstand, den Todesmarsch ebenso überlebte wie die KZs Buchenwald und Holzen. Auf dieser Odyssee ist der »Schloßhof« eine Station, eine wichtige.

Option auf die Option

Die Stadt prüft, ob es Langzeitarbeitslose in Zukunft allein vermitteln will. Von Ulrich Zucht

»Wenn wir uns bewerben, haben wir gute Chancen Optionskommune zu werden«, meint die grüne Ratsfrau Lisa Rathsmann-Kronshage. »In der kommunalen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sind wir sehr gut aufgestellt und hätten dann vor Ort viel mehr Spielräume.« Das sieht Hans Hamann (SPD) ähnlich: »Ich kann mir das für Bielefeld gut vorstellen.«

Derzeit betreuen die Stadt und die Bundesagentur für Arbeit gemeinsam in der Gesellschaft »Arbeitplus« rund 40.000 Bielefelder; meist Langzeitarbeitslose und ihre Angehörigen. Solche Mischverwaltungen hat das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt und verfügt, dass Argen bis Ende 2010 in eine neue Organisationsform überführt werden müssen.

Deshalb verhandelt Sozialdezernent Tim Kähler mit der Bundesagentur über die weitere Zukunft der Arge. Kähler würde die Hartz IV-Empfänger am liebsten in

städtischer Regie betreuen, so wie schon jetzt bundesweit 69 Optionskommunen. In NRW sollen bald acht weitere Optionskommunen zugelassen werden. Wer dabei sein will, muss sich bis zum Jahresende bewerben.

Die Zeit drängt

Die Stadt sieht auch Risiken im Optionsmodell. Unklar ist, welche Rechtsform das neue Jobcenter haben soll, wie hoch die Kosten der Umstellung sind oder was eine neue Software kostet. Diese Fragen soll jetzt ein interfraktioneller Arbeitskreis klären und eine Ratsentscheidung vorbereiten. Ein so weitreichender Beschluss braucht im Rat eine 2/3-Mehrheit. Dafür muss die Bielefelder Ampel-Koalition die CDU mit ins Boot holen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzender Rainer Lux hält, wie SPD und Grüne, eine örtliche

Arbeitsmarktpolitik für besser steuerbar. »Doch beim jetzigen Kenntnisstand wiegen die Personal- und Finanzrisiken die Vorteile auf.«

Klar positioniert hat sich dagegen »Die Linke«. »Wer eine einheitliche Rechtsanwendung möchte und für wen einheitliche Lebensverhältnisse wichtig sind, der ist gegen das Optionsmodell«, sagt die Ratsfrau Babara Schmidt. Sie bezweifelt die Leistungsfähigkeit einer rein kommunalen Arbeitsvermittlung und beruft sich auf eine Studie des Arbeitsministeriums. Danach ist der Vermittlungserfolg beim alten Modell um 18 Prozent höher als beim Optionsmodell, das auch noch teurer ist.

Einen Effekt hätte die Eigenregie aber. Langzeitarbeitslose aus Optionskommunen sind in der Statistik des Bundes nicht erfasst. Das senkt die Arbeitslosenzahlen. Statistisch jedenfalls.

KURZ UM e.V.

MEISTERBETRIEBE

Wir verstehen unser Handwerk

Tischlerei · Malerbetrieb · Heizung/Sanitär · Umzugsprofis

Friedrichstraße 24 · 33615 Bielefeld
www.kurz-um.de · Tel.: **131332**

Rechtsanwaltskanzlei

TERLINDEN

LOHRENGEL

Rechtsanwälte • Fachanwälte

Friedrichstraße 24 · 33615 Bielefeld
Tel.: 0521-557799-0 · www.kanzlei-tl.de